

Was macht der Bund für die  
Kommunen?

# Zur Finanzsituation der Kommunen

# Finanzierungssalden entwickeln sich positiv

Entwicklung der Finanzierungssalden 2004-2007 in Mrd. Euro\*

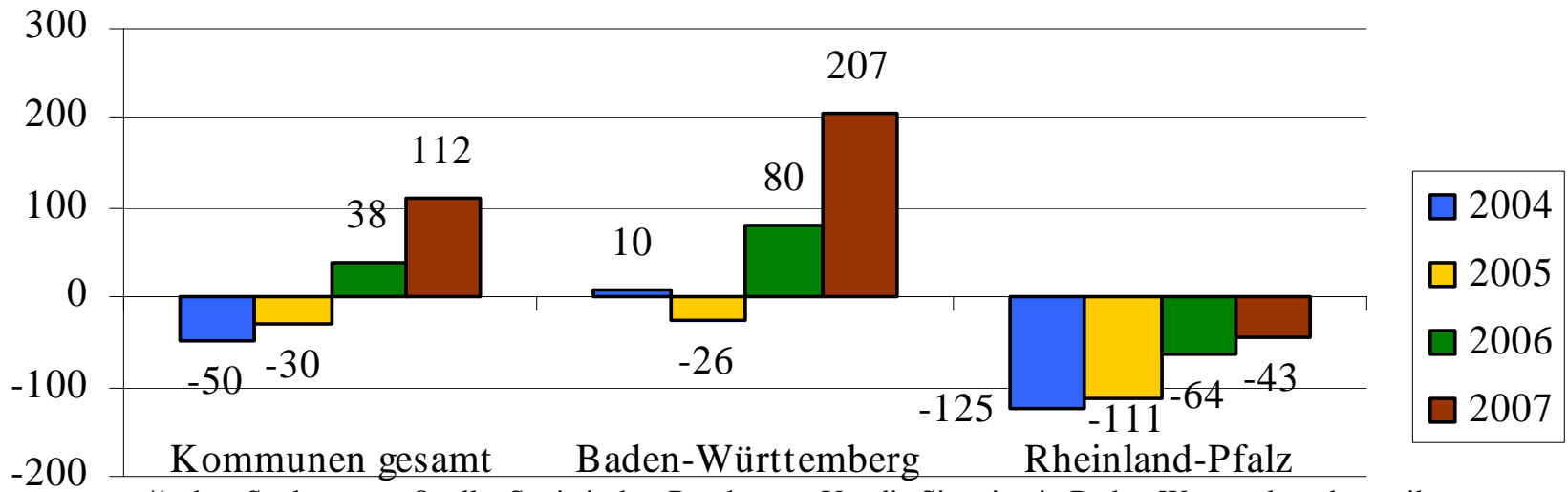
|                   | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 |
|-------------------|------|------|------|------|
| Kommunen gesamt   | -3,8 | -2,3 | 2,9  | 8,6  |
| Baden-Württemberg | 0,1  | -0,3 | 0,9  | 2,2  |
| Rheinland-Pfalz   | -0,5 | -0,4 | -0,3 | -0,2 |

\*ohne Stadtstaaten, Quelle: Statistisches Bundesamt

Um die Situation in Baden-Württemberg beurteilen zu können, wurde zum Vergleich das Nachbarland Rheinland-Pfalz herangezogen.

# Kommunen in Baden-Württemberg

## Finanzierungssalden in €je Einwohner\*



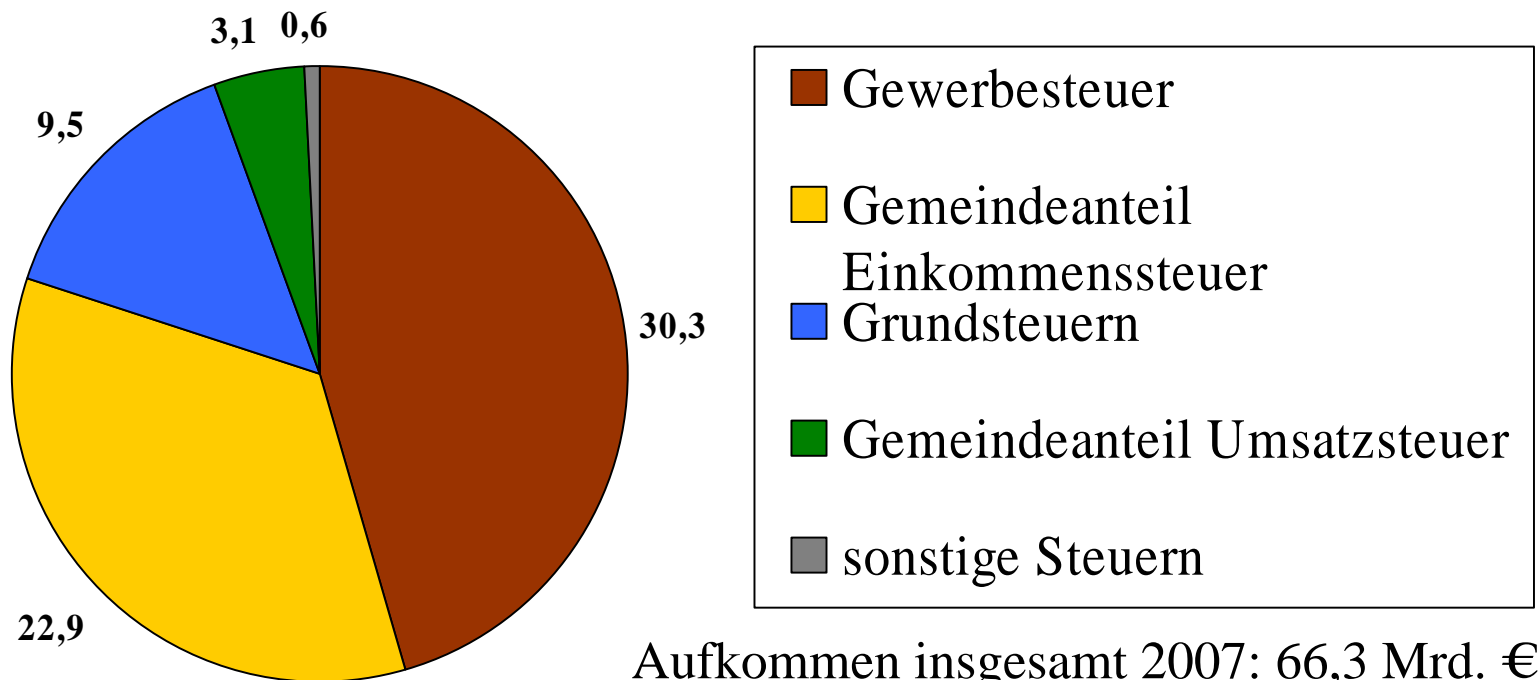
\*) ohne Stadtstaaten; Quelle: Statistisches Bundesamt, Um die Situation in Baden-Württemberg beurteilen zu können, wurde zum Vergleich das Nachbarland Rheinland-Pfalz herangezogen.



Die finanzielle Situation der Kommunen in Baden-Württemberg ist deutlich besser als im Bundesdurchschnitt und im Vergleich zu Rheinland-Pfalz.

# ausgewogener Mix an Steuereinnahmen

kommunale Steuereinnahmen 2007 in Mrd. €\*



Aufkommen insgesamt 2007: 66,3 Mrd. €

\*) ohne Stadtstaaten, Quelle: statistisches Bundesamt; Kassenstatistik

# Steuereinnahmen der Kommunen

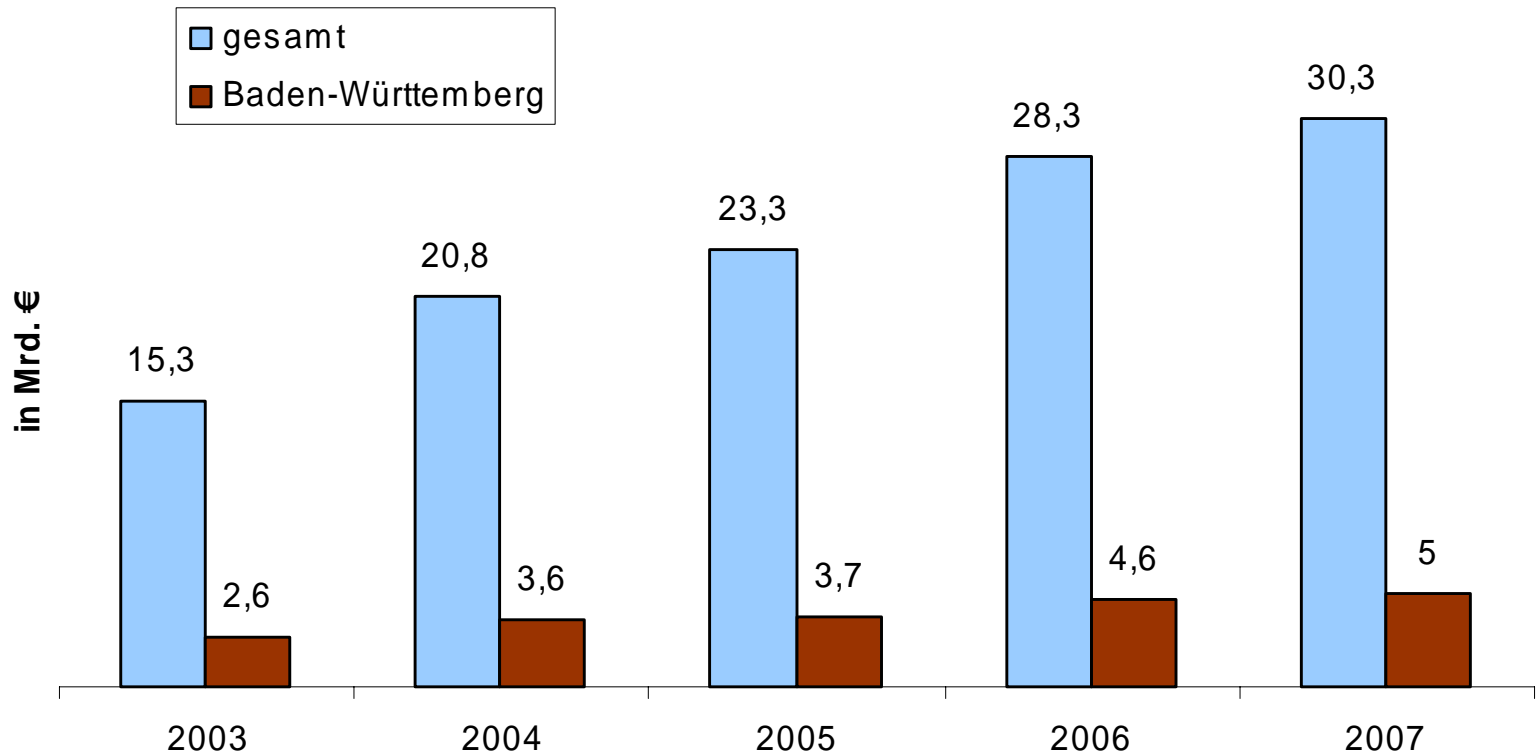
| Gebietseinheit                 | Aufkommen* |      | Veränderung 2007<br>gegenüber 2006 |       |
|--------------------------------|------------|------|------------------------------------|-------|
|                                | 2006       | 2007 | in Mrd. €                          | in %  |
| <b>Baden-Württemberg</b>       | 10,0       | 10,9 | + 0,9                              | + 9,0 |
| <b>Rheinland-Pfalz</b>         | 2,9        | 3,0  | + 0,1                              | + 5,3 |
| <b>Flächenländer West</b>      | 55,4       | 60,2 | + 4,7                              | + 8,5 |
| <b>Flächenländer insgesamt</b> | 61,0       | 66,3 | + 5,3                              | + 8,7 |

\*) ohne Stadtstaaten; Quelle: Statistisches Bundesamt; Kassenstatistik; Um die Situation in Baden-Württemberg beurteilen zu können, wurde zum Vergleich das Nachbarland Rheinland-Pfalz herangezogen.

→ überdurchschnittliche Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen in Baden-Württemberg  
2007 erzielten Kommunen historisch bestes Ergebnis

# Gewerbesteuerereinnahmen auf Rekordniveau

Gewerbesteuerereinnahmen (netto)\*



\*) ohne Stadtstaaten; Quelle: Statistisches Bundesamt

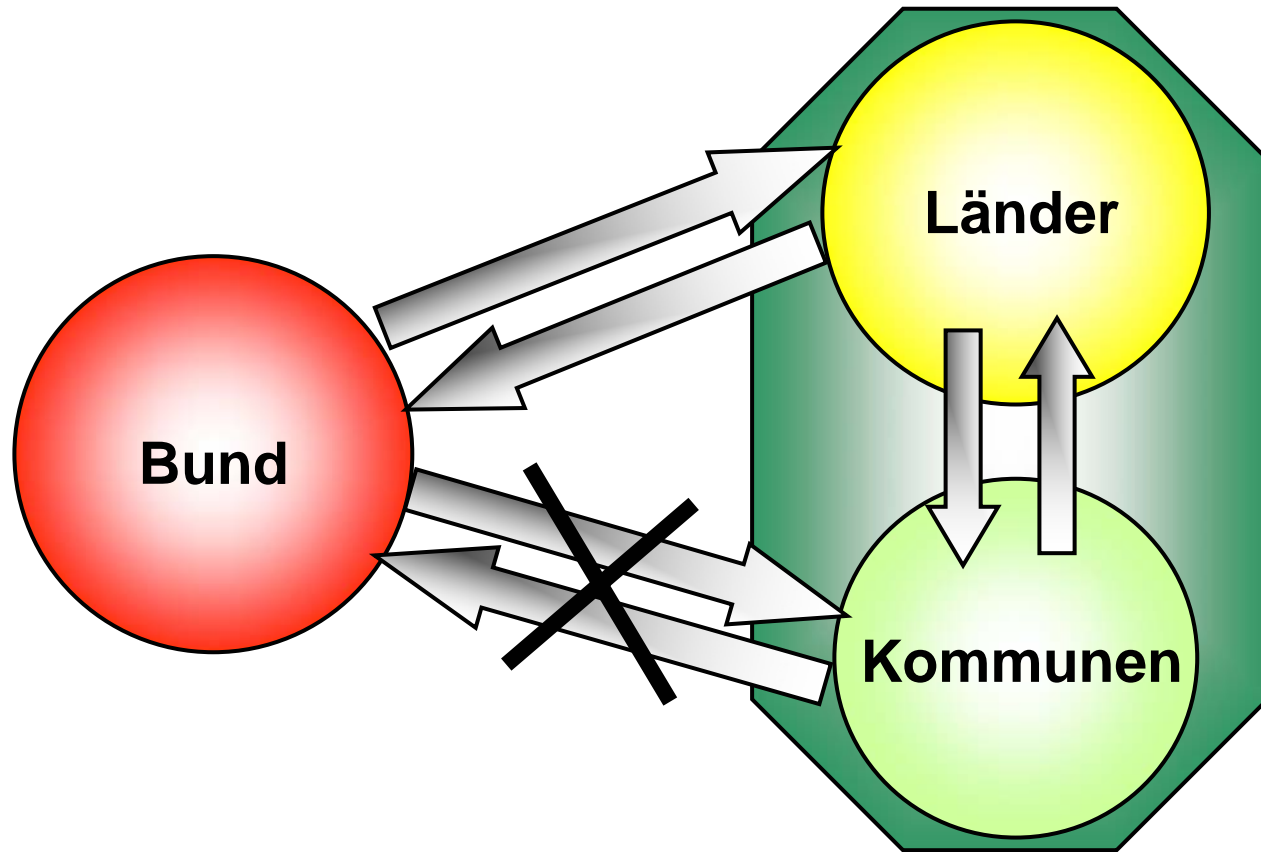
# überdurchschnittlich hohe kommunale Investitionen in Baden-Württemberg, stagnierende Personalausgaben

| Jahr                            | 2006                             |                       | 2007                             |                       |
|---------------------------------|----------------------------------|-----------------------|----------------------------------|-----------------------|
|                                 | Sach-<br>investitionen<br>gesamt | Personal-<br>ausgaben | Sach-<br>investitionen<br>gesamt | Personal-<br>ausgaben |
| <b>Betrag in 1 Mio. €</b>       |                                  |                       |                                  |                       |
| <b>Baden-Württemberg</b>        | 3.176                            | 6.139                 | 3.436                            | 6.121                 |
| <i>Veränderungsrate in %</i>    | 8,2                              | -0,5                  | 8,2                              | -0,3                  |
| <i>Betrag in € je Einwohner</i> | 296                              | 572                   | 320                              | 570                   |
| <b>Alte Bundesländer*</b>       | 15.154                           | 33.657                | 16.221                           | 33.718                |
| <i>Veränderungsrate in %</i>    | 2,2                              | -0,4                  | 7,0                              | 0,2                   |
| <i>Betrag in € je Einwohner</i> | 240                              | 532                   | 257                              | 533                   |

\*) ohne Stadtstaaten; Quelle: Statistisches Bundesamt

# Kommunen im föderalen Gefüge Deutschlands

# keine Finanzbeziehungen zwischen Bund und Kommunen



# Zuständigkeiten für Kommunen

- Länder sind für angemessene Finanzausstattung der Kommunen zuständig
- Instrumentarium dazu ist der kommunale Finanzausgleich, der uneinheitliche Entwicklungen bei Einnahmekraft und Ausgabebedarf verschiedener Kommunen ausgleichen kann

# Föderalismuskommission I

wichtiges Ergebnis für Kommunen:

- Kommunen dürfen vom Bund keine Aufgaben mehr übertragen bekommen
- Konnexitätsregelungen zwischen Ländern und Kommunen greifen damit uneingeschränkt
- für bundesgesetzliche Aufgabenzuweisungen an die Kommunen, die nach früherer Verfassungsrechtslage zustande gekommen sind, aber nach neuem Recht nicht mehr als Bundesrecht erlassen werden könnten, bestimmt Art. 125a Abs. 1 GG, das diese fort gelten, aber durch Landesrecht ersetzt werden können
- die Präzisierung und Erweiterung der Konnexitätsregelungen in Baden-Württemberg erfolgte im April 2008 mit einer sehr kommunalfreundlichen Ausrichtung. Alle Landtagsfraktionen stimmten zu, die kommunalen Spitzenverbände begrüßten die Regelung.

# Bund hat Verantwortung für Kommunen

setzt Rahmenbedingungen durch

- Ausgestaltung der Steuergesetze: kann mittelbar Einnahmen der Kommunen beeinflussen
- außersteuerliche Gesetze und Ausgabenprogramme mit finanziellen Wirkungen für Kommunen

# steuerliche Maßnahmen des Bundes zu Gunsten der Kommunen

- Unternehmenssteuerreform 2008
- steuerlicher Querverbund
- Berücksichtigung der Belange der kommunalen Wohnungswirtschaft
- Gewerbesteueränderungsgesetz 2003

→ weitere wichtige (außersteuerliche) Maßnahmen

# Unternehmenssteuerreform 2008

- Gut für Kommunen: stabile Gewerbesteuerereinnahmen durch Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen
- Kommunen profitieren durch dauerhafte Absenkung der Gewerbesteuerumlage
- Entlastung der Unternehmen wird im Wesentlichen durch Steuerausfälle bei Bund und Ländern getragen
- aktuelle Zahlen zeigen, dass Mindereinnahmen deutlich geringer ausfallen
- Investitionskraft der Kommunen dadurch gestärkt

# steuerlicher Querverbund

- Verrechnung von defizitären und gewinnträchtigen Bereichen in kommunalen Haushalten nach Urteil des Bundesfinanzhofes nicht mehr möglich  
(Bsp.: Gewinne bei Versorgungsunternehmen werden mit Verlusten bei Bäderbetrieben und ÖPNV verrechnet)
- Aufschieb durch Nichtanwendungserlass des BMF
- mit Jahressteuergesetz 2009 erfolgt gesetzliche Festschreibung der bisherigen Verwaltungsgrundsätze
- wichtig für Kommunen: Verrechnung danach weiter möglich

# Berücksichtigung der Belange der kommunalen Wohnungswirtschaft

erfolgte mit der Neuregelung vom 20.12.07 im Jahressteuergesetz 2008:

- Wahlmöglichkeit zur Besteuerung von Rücklagen
- grundsätzlich 3% pauschal für unversteuerte Rücklagen, dadurch Ausschüttungen an Eigentümer möglich
- auf Antrag kann bisherige Regelung mit ausschüttungsabhängiger Nachbelastung angewendet werden (kommt kommunalen Wohnungsunternehmen entgegen, die auf Ausschüttungen verzichten)

# Gewerbesteueränderungsgesetz 2003

die Grundlagen für die positive Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen wurden bereits unter Rot-Grün geschaffen:

- Senkung der Gewerbesteuerumlage
- Begrenzung des Verlustvortrages
- Maßnahmen zur Verbreiterung der sachlichen Bemessungsgrundlage
- Einführung Mindesthebesatz 200%
- Ergebnis sind steigende Gewerbesteuereinnahmen (netto) für Kommunen:

2004: 20,8 Mrd. Euro

2007: 30,5 Mrd. Euro

# weitere wichtige Maßnahmen des Bundes zu Gunsten der Kommunen

- Bundesbeteiligung: Kosten der Unterkunft
- Ausbau Kindertagesbetreuung
- Weiterentwicklung Kinderzuschlag
- Ausbau d. Wohngeldes
- Grundsicherung im Alter
- Investitionspakt als Beitrag zum Klimaschutz
- „Hilfen für Helfer“ – Ehrenamtsförderung

# Kosten der Unterkunft für Arbeitssuchende

- bundesdurchschnittliche Beteiligung des Bundes im Jahr 2008 von 29,2% an den Kosten für Unterkunft und Heizung
- Baden-Württemberg erhält Quote von 32,6%
- Bund übernimmt Mehrkosten, wenn sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften erhöht
- Bund/Kommunen teilen sich Risiko, dass von Erhöhung der anfallenden Kosten für Unterkunft pro Bedarfsgemeinschaft ausgeht
- faire Kostenverteilung zwischen Bund und Kommunen ist sichergestellt durch gesetzlich fixierte Anpassungsformel

# Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende

## Übersicht 2005 bis 2008

|   | <b>2005<br/>Ist</b> | <b>2006<br/>Ist</b> | <b>2007<br/>Ist</b> | <b>2008<br/>Plan</b> |
|---|---------------------|---------------------|---------------------|----------------------|
| <b>Durchschnittliche Beteiligungsquote des Bundes</b> | 29,1%               | 29,1%               | 31,8%               | 29,2%                |
| <b>Allgemeine Beteiligungsquote des Bundes</b>        | 29,1%               | 29,1%               | 31,2%               | 28,6%                |
| <b>Quote des Bundes in Baden-Württemberg</b>          | 29,1%               | 29,1%               | 35,2%               | 32,6%                |
| <b>Quote des Bundes in Rheinland Pfalz</b>            | 29,1%               | 29,1%               | 41,2%               | 38,6%                |
| <b>Gesamtausgaben</b>                                 | 12,1 Mrd. €         | 13,8 Mrd. €         | 13,6 Mrd. €         | 13,4 Mrd. €          |
| <b>davon: Kommunen</b>                                | 8,6 Mrd. €          | 9,8 Mrd. €          | 9,3 Mrd. €          | 9,5 Mrd. €           |
| <b>davon: Bund</b>                                    | 3,5 Mrd. €          | 4,0 Mrd. €          | 4,3 Mrd. €          | 3,9 Mrd. €           |

# Ausbau Kindertagesbetreuung

- Ziel bis 2014: 750.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren bereitstellen
- Bund beteiligt sich an Ausbaukosten mit insgesamt 4 Mrd. € bis 2013 wie folgt:
  - an Investitionen mit: 2,15 Mrd. €
  - an Betriebskosten in Aufbauphase mit: 1,85 Mrd. €
- ab 2014 zusätzlich an Betriebskosten mit jährl. 770 Mio. €
- ab August 2013 wird für Kinder ab 1 Jahr ein Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung eingeführt
- zusätzlich wird qualitativ der Ausbau der Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege vorangetrieben

# Exkurs: Ausbau Kindertagesbetreuung und Konnexitätsprinzip nach FöKo I

- Gesetzentwurf Bundesregierung: Bund weist Ländern Zuständigkeit für neue Aufgaben zu (nach FöKo I)
- Bundesrat vertritt Auffassung, dass Ausweitung der Aufgaben nicht unter Verbot der Aufgabenübertragung an Kommunen falle, daher Übertragung auf Länder nicht notwendig
- kommunale Spitzenverbände sehen den Erfordernissen der Föderalismusreform I Rechnung getragen und das Konnexitätsprinzip im Verhältnis von Ländern und Kommunen gewahrt
- parlamentarisches Verfahren läuft derzeit, Gegenäußerung der Bundesregierung ist in Vorbereitung

# Kinderzuschlag weiterentwickelt

- neue einheitliche Mindesteinkommensgrenze  
für Paare: 900 €  
für Alleinerziehende: 600 €
- Maximalbetrag weiterhin 140 € pro Kind
- 150.000 Kinder erhalten zusätzlich  
Kinderzuschlag
- zusätzliche Ausgaben für Bund: 265 Mio. €

# Wohngeld ausgebaut

- neue Heizkostenkomponente
- Erhöhung Wohngeld-Tabellenwerte
- Erhöhung der Miethöchstbeträge
- durch Weiterentwicklung Kinderzuschlag und Erhöhung des Wohngeldes werden Kommunen 2009 um 200 Mio. € entlastet

# Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

- bisher Festbetragsregelung: Bund zahlt Ländern jährlich 409 Mio. € als Ausgleich für kommunale Belastungen
- ab 2009: quotale Beteiligung des Bundes
  - 2009: 13% an Nettoausgaben 2007
  - 2010: 14% an Nettoausgaben 2008
  - 2011: 15% an Nettoausgaben 2009
  - ab 2012: 16% an Nettoausgaben aus Vorvorjahr
- damit Planungssicherheit für Bund und Kommunen

# Investitionspakt als Beitrag zum Klimaschutz

- Modernisierung von kommunalen Gebäuden der sozialen Infrastruktur mit hohem Energieeinsparpotential gefördert (z.B. Schulen, Kindergärten, Turnhallen)
- 2008 stehen 600 Mio. € zur Verfügung: Bund übernimmt 200 Mio. € (Länder/Gemeinden je 200 Mio. €)
- Baden-Württemberg erhält aus Bundesmitteln 25 Mio. €
- vom Investitionspakt profitieren besonders Kommunen in schwieriger Haushaltslage
- erste Ergebnisse: Kommunen haben großes Interesse, Antragsvolumen übersteigt Maßnahmenvolumen
- Fortsetzung des Investitionspaktes über 2008 hinaus im Entwurf des Haushaltsplanes 2009 und Finanzplanes 2012 festgeschrieben

# „Hilfen für Helfer“: Stärkung Ehrenamt

- Anhebung der Übungsleiterpauschale auf 2.100 Euro ab 1.1.2007
- Freibetrag von 500 Euro für nebenberufliche Tätigkeiten im gemeinnützigen Bereich
- Verbesserung im Spenden- und Gemeinnützigkeitsrecht

# weitere Ausgabenprogramme des Bundes zugunsten Kommunen

z.B.:

- Zuweisungen für Regionalisierung des schienengebundenen Personennahverkehrs (Verwendungszweck durch Länder gesteuert)
- Investitionsprogramm Kinderbetreuung 2008-2013 (s.o.)
- Ganztagsschulprogramm (4 Mrd. € seit 2003, Ausfinanzierung bis 2009)
- KfW-Programme (z.B. CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung)

# Fazit: Bund nimmt Verantwortung für Kommunen wahr

- steuerliche Maßnahmen zugunsten Kommunen (z.B. Gewerbesteuer)
- steuerlicher Querverbund wird erhalten
- Engagement in gesamtgesellschaftlich wichtigen Bereichen auch außerhalb seiner originären Zuständigkeit (Kinderbetreuung)
- fördert kommunale Investitionen durch Ausgabenprogramme